

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Nils Wiechmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Doping im Spitzensport: Erkenntnisse für Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 1808** vom 15. August 2013 hat folgenden Wortlaut:

Am 5. August 2013 wurde die lange unter Verschluss gehaltene Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“ veröffentlicht. In der Studie wird die Behauptung aufgestellt, dass bereits seit 1949 im westdeutschen Spitzensport Fälle von Doping zu verzeichnen gewesen seien.

Bereits am 24. Juni 2012 hatte der SPIEGEL berichtet, dass ein ehemaliger Arzt des Olympiastützpunkts (OSP) Rheinland-Pfalz/Saarland von einem inzwischen verurteilten Dealer aus Bayern mit Dopingsubstanzen beliefert worden sei.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Doping im Spitzensport in Rheinland-Pfalz vor?
2. War die Landesregierung bei der Erstellung der o. g. Studie involviert? Wenn ja, in welcher Form?
3. Liegen der Landesregierung Hinweise vor, die die Behauptung des ARD-Doping-Experten Hajo Seppelt zu Doping-Fällen beim USC Mainz untermauern?
4. Stehen nach Kenntnis der Landesregierung die Behauptungen des SPIEGELs hinsichtlich des OSP-Stützpunkts in einem Zusammenhang mit den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Studie „Doping in Deutschland“?
5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen bzw. ergreift die Landesregierung, um Doping im Spitzensport zu verhindern?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. September 2013 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung verfügt mit Ausnahme des in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Falles Birgit Dressel über keinerlei umfassende Kenntnisse zu Doping im Spitzensport in Rheinland-Pfalz. Deshalb hatte der Landessportbund Rheinland-Pfalz am 23. August 2013 insgesamt 127 rheinland-pfälzische Sportfachverbände in 60 Sportarten angeschrieben und um Mitteilung gebeten, welche Erkenntnisse dort zum Thema Doping vorliegen. Bis zum 2. September 2013 hatten insgesamt 44 Sportfachverbände geantwortet. Entsprechend dieser vorliegenden Rückmeldungen ist den Sportfachverbänden, mit Ausnahme eines Falles im Zuständigkeitsbereich des Pfälzischen Ringerverbandes/ARGE Ringen, kein Doping-Fall bekannt. Dort hatte es zwar Auffälligkeiten gegeben, der betroffene Athlet sei jedoch letztendlich freigesprochen worden.

In der Regel weisen die Verbände darauf hin, dass die Betreuung und Förderung im Spitzensport den nationalen Verbänden obliege und die regionalen Verbände zumeist nur für den Breitensport zuständig seien.

Der Landessportbund Rheinland-Pfalz arbeitet sowohl mit den Sportfachverbänden im Bereich der Dopingprävention als auch mit der Nationalen Antidopingagentur (NADA) eng zusammen. Es finden regelmäßig Seminare und Schulungen zu diesem Thema statt. Überdies müssen beim Landessportbund und bei der Sporthilfe Rheinland-Pfalz/Saarland geförderte Athletinnen und Athleten, Trainerinnen und Trainer sich schriftlich auf die Einhaltung der Antidoping-Richtlinien verpflichten.

b. w.

Darüber hinaus teilte auch der Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland mit, dass derzeit keine Erkenntnisse über Doping im Spitzensport in Rheinland-Pfalz vorlägen.

Der seinerzeit in einem SPIEGEL-Artikel vom 24. Juni 2012 genannte „Arzt“ des Olympiastützpunkts sei nicht als Mediziner, sondern als Ernährungsberater am Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland tätig gewesen. Er hielt auf Honorarbasis im Bereich der Ernährungsberatung in ausgewählten Sportarten Vorträge für Bundeskaderathletinnen und Bundeskaderathleten und deren Trainer. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen den Mediziner wurde die Zusammenarbeit mit ihm vom Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland unverzüglich beendet. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass im Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland Dopingvergehen begangen und die Regelungen der Antidopingbestimmungen vom Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland nicht beachtet wurden. Die Nationale Antidopingagentur (NADA), der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), das Bundesinnenministerium, der Trägerverein des Olympiastützpunkts und die weiteren Zuwendungsgeber wurden zeitnah und umfassend über die Einzelheiten des Falles informiert.

Zu Frage 2:

Nein.

Zu Frage 3:

Nein

Zu Frage 4:

Der Landesregierung ist nicht bekannt, dass der im Juni 2012 bekannt gewordene Fall eines ehemaligen Mitarbeiters des Olympiastützpunkts Rheinland-Pfalz/Saarland, der mutmaßlicher Kunde eines bereits verurteilten Dopingdealers gewesen sein soll, Niederschlag in der vorgenannten Studie gefunden hat. Dies erscheint jedoch eher unwahrscheinlich, da sich dieser Vorgang außerhalb des Untersuchungszeitraums der Studie ereignete, die im Wesentlichen mit dem Jahr 1990 abschließt. Auch ist der Landesregierung nicht bekannt, zu welchem Ergebnis die eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in dieser Angelegenheit wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz geführt haben.

Zu Frage 5:

Die Landesregierung unterstützte im Rahmen der vom Landtag im Haushalt zur Verfügung gestellten Finanzmittel in den Jahren 2007, 2008 und 2010 die Arbeit der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) mit Projektmitteln zur Dopingbekämpfung in Höhe von insgesamt 75 000 EUR. 2012 wurde mit der NADA sodann ein Vertrag zur Durchführung von Dopingpräventionsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz über 8 000 EUR geschlossen, der in 2013 fortgeschrieben wurde und einen Leistungsumfang von 15 000 EUR hat. Gegenstand der vertraglichen Leistungen in Rheinland-Pfalz sind insbesondere den Nachwuchsleistungsbereich betreffende Aufklärungsmaßnahmen in Broschürenform, Unterrichtseinheiten bei den Eliteschulen des Sports, Informationsstände bei großen Sportereignissen etc.

Darüber hinaus fördert die Landesregierung seit 2007 den Radsportverband Rheinland-Pfalz finanziell in Höhe von rund 80 000 EUR bei seinen Bemühungen, Dopingkontrollen und Präventionsmaßnahmen bei den Wettkämpfen im Nachwuchsbereich zu gewährleisten.

Der LSB hat aus ihm zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln seit 2008 insgesamt rund 12 000 EUR für Dopingkontrollmaßnahmen bei Nachwuchsathletinnen und -athleten verausgabt.

Seit dem Jahr 2000 wurde an alle Nachwuchsathletinnen und -athleten sowie an Schülerinnen und Schüler, die an „Jugend trainiert für Olympia“ teilnehmen, eine Informations- und Aufklärungsbroschüre, der sogenannte „Doping-Fächer“ verteilt. Am Rande des Mainz-Marathons 2008 führte das Ministerium des Innern und für Sport gemeinsam mit der NADA eine Informationsveranstaltung zum Thema Dopingprävention durch. Im Jahre 2008 beauftragte die Landesregierung das Zentrum für Dopingprävention der Pädagogischen Hochschule Heidelberg mit einer Studie „Dopingprävention in Rheinland-Pfalz“. Damit wurde der Stand der Dopingprävention in Rheinland-Pfalz und ihr Stellenwert aus Sicht der Sportfunktionäre untersucht. Die Studie wurde nach einer Pressekonferenz dem Organisierten Sport in Rheinland-Pfalz zur Verfügung gestellt.

Roger Lewentz
Staatsminister